

Meine Region LESERFORUM

MANFRED KÖSNER und GERALD HOHENBICHLER

Zur Schließung des Landesklinikums Gmünd erreichten die Redaktion diese Rückmeldungen:

„Warum in Zwettl viele Millionen investieren?“

Rund um die Gesundheitsversorgung im Bezirk Gmünd gibt es seit Bekanntwerden des Strukturplans ein wildes und emotionsgeladenes Gegeneinander. Die LGA blutet offenbar das Krankenhaus Schritt für Schritt aus und will damit Fakten schaffen, die nicht einfach umkehrbar sein werden. Nicht gänzlich losgelöst von der geplanten Schließung muss man auch die Problematik der Sekundärtransporte betrachten, ein weiterer Schritt zur Benachteiligung der Region.

Die bisherigen Aktivitäten der Bürgerinitiativen haben entsprechendes Augenmerk beschert und sind zu begrüßen. An einem Punkt, wo gegenseitige Klagsdrohungen im Raum stehen, Protestaktionen zu Schreiduellen werden und das Gesprächsklima sehr belastet scheint, muss man sich allerdings der Frage stellen, wie es weitergehen kann/soll. Wie kommt man auf einen konstruktiven Pfad zurück? Dazu müssen die Landesregierung und die LGA ein Stück weit zurück an den Start und die Empfehlungen des Gesundheitsplans gemeinsam mit den involvierten Parteien ohne Vorbehalte analysieren und diskutieren. Einzubeziehen wären das Kollegium KH Gmünd, wirtschaftliche und medizinische Experten direkt aus der Region und letztendlich die lokale Politik (sofern sie bereit ist, sich hier einzubringen gegen den Willen ihrer jeweiligen Partei). In den Empfehlungen im Gesundheitsplan steht ja auch ein Punkt, der einen möglichen Lösungsansatz andeutet – Definition und Etablierung von Klinik mit Sonderfunktionen mit spezifischen Leistungsschwerpunkten. **Warum in Zwettl viele Millionen investieren, um die Orthopädie aus Gmünd ersetzen zu können, anstelle der gut funktionierenden Kooperation mit Gmünd samt einer hervorragenden Remobilisation?** Wie können sich eine geplante Tagesklinik und ein stationäres KH ergänzen? Muss man eine Tagesklinik neu errichten oder sollte man nicht die bestehende Infrastruktur nutzen unter Berücksichtigung von notwendigen Investitionen?

Ich bin überzeugt, der Widerstand entstand nicht aus der direkten Betroffenheit, sondern aus ehrlicher Sorge um die Gesundheitsversorgung in der

Region. Zu viele Fragen sind nicht beantwortet bzw. Aspekte nicht ausreichend beleuchtet worden. Neben anderen Initiativen muss wohl die „Lebensader Waldviertel“ die Rolle der Opposition übernehmen, allerdings ohne Populismus sondern mit auf Fakten basierenden Argumenten und der nötigen Offenheit, das KH Gmünd gemeinsam mit den Entscheidungsträgern der Landesregierung weiterzuentwickeln.

MANFRED KÖSNER Mitglied der Initiative „Lebensader Waldviertel“

„Mit Mitbestimmung hat das wenig zu tun“

Die angekündigte Schließung des Landesklinikums in Gmünd gemäß dem sogenannten Gesundheitsplan 2040 ist mehr als eine gesundheitspolitische Maßnahme – sie ist ein demokratiepolitisches Warnsignal. Denn was hier sichtbar wird, ist nicht nur ein Spardruck im System, sondern ein eklatanter Mangel an Transparenz, Bürgerbeteiligung und politischer Verantwortung. **Die NÖ Landesregierung – dominiert von der ÖVP – agiert einmal mehr nach dem Prinzip: entscheiden, verkünden, aussitzen. Die Bevölkerung erfährt erst dann von existenziellen Einschnitten, wenn diese bereits als „alternativlos“ dargestellt werden. Mit Mitbestimmung hat das wenig zu tun.**

Besonders irritierend ist, dass nun jene politischen Akteure protestieren, die dieses System über Jahre hinweg legitimiert haben. Wer blind vertraut, statt kritisch zu hinterfragen, darf sich nicht wundern, wenn Entscheidungen über die Menschen hinweg getroffen werden. Politische Loyalität ersetzt kein eigenes Urteilsvermögen.

Problematisch ist zudem das weitverbreitete Selbstbild vieler Funktionäre, gut informiert und sachlich überlegen zu handeln. In Wahrheit bewegen sie sich häufig in ideologischen Echokammern. Verwaltung wird mit Wahrheit verwechselt, Kommunikation mit Information. Ein System, das auf stillschweigender Anpassung basiert, stabilisiert sich selbst. Wer mit dem Finger auf autoritäre Entwicklungen in anderen Ländern zeigt, sollte zuerst den Zustand der eigenen demokratischen Praxis prüfen. Scheindialoge und nachträgliche Rechtfertigungen sind kein Ersatz für echte Mitsprache.

Der Kampf um das Krankenhaus in Gmünd ist kein Einzelproblem. Er steht für eine Politik, die den Begriff „Volk“ gerne im Namen trägt, dessen Stimme aber immer seltener hören will. Demokratie lebt vom Widerspruch. Wer das vergisst, gefährdet langfristig mehr als nur ein Krankenhaus.

GERALD HOHENBICHLER Wien, Gmünd